

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 57 (1963)

Heft: 5

Artikel: Indien und die "Konferenz von Wissenschaft und Technik für die unterentwickelten Länder" (Schluss)

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140780>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Indien und die «Konferenz von Wissenschaft und Technik für die unterentwickelten Länder»

(Schluß)

Wir haben schon angedeutet, daß die Gandhi-Anhänger, die die Dorfgemeinschaftsbewegung als ihr Arbeitsfeld betrachten, nicht immer mit den Wirtschaftsplänen der Regierung einiggehen, ja sie sogar einer scharfen Kritik unterziehen. In einem ihrer Studienzentren in Varanasi (Benares) finden von Zeit zu Zeit Tagungen statt, die sich mit wirtschaftlichen Fragen befassen und deren Wirkung und Tragweite für die geistige und sittliche Entwicklung des indischen Volkes zu ergründen suchen. Die geistige Elite, die sich hier trifft, ist sich der Fragwürdigkeit des westlichen technologischen Wunderglaubens wohl bewußt, kann sich aber der Zeitströmung nur schwer erwehren. Eines ihrer Hauptanliegen ist dies: Wie kann der Einfluß des Westens auf Indien so gelenkt werden, daß er nicht mehr schadet als nützt.

Wie wir schon in der Aprilnummer der «Neuen Wege» erwähnten, hat die Planungskommission der Gandhi-Bewegung in Mr. E. F. Schumacher einen Mentor, der die Probleme verschiedener Entwicklungsländer des Ostens an Ort und Stelle studiert hat, und sich bemüht, die Neuerungen mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten der zurückgebliebenen Länder in Einklang zu bringen. Er unterscheidet in Indien ein paar wenige großstädtische Einzugsgebiete mit etwa 15 Prozent der Einwohnerzahl Indiens gegenüber 550 000 Kleinstädten und Dörfern, die die große Mehrzahl der Bevölkerung beherbergen und zugleich die traditionelle Wirtschaftsform — Landbau — betreiben. Das Auseinanderleben dieser beiden Indien hat nach E. F. Schumacher das wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landes verkümmern lassen. Um ihn zu zitieren: «Es genügt nicht, die Landwirtschaft allein zu entwickeln. Die zunehmende Verarmung der Landwirtschaft mit ihren 85 Prozent der Bevölkerung ist meines Erachtens zurückzuführen auf die fortschreitende Zerstörung der nichtlandwirtschaftlichen Produktion — das heißt, der verschiedenen Zweige des Gewerbes, und der Zerfall der Landwirtschaft selbst ist das unvermeidliche Resultat des kulturellen Mangelzustandes, der auf die Zerstörung aller nichtlandwirtschaftlichen Produktion folgt. Landwirtschaft allein bietet kein vollwertiges menschliches Leben — es gedeiht nur in Verbindung mit allen möglichen handwerklichen Tätigkeiten und dem kulturellen Einfluß benachbarter und blühender Städte.

Auch Amerika und England kennen das Problem der Konzentration industrieller Tätigkeit in den Städten und die daraus sich ergebende Verödung der Landschaft, aber für ein armes Land wie Indien wirkt sich der Prozeß geradezu verhängnisvoll aus.

Eine größere landwirtschaftliche Gemeinschaft kann, nach Schumacher, einen hohen Lebensstandard nur unter bestimmten Bedin-

gungen erreichen. Einmal muß die landwirtschaftliche Produktion pro Person sehr hoch sein — was wieder nur möglich ist, wenn pro Kopf sehr viel Land zur Verfügung steht. Zweitens müssen die Städte einen ausgedehnten Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse bieten, so daß der Bauer seinen Bedarf an nichtlandwirtschaftlichen Gütern und Diensten durch den Verkauf von Nahrungsmittelüberschüssen decken kann. Dies ist der Fall in Ländern wie Großbritannien und Deutschland, wo die Bauernbevölkerung im Vergleich zur Stadtbevölkerung zahlenmäßig schwach ist, oder auch in Ländern, die Nahrungsmittel in großen Mengen ausführen (Dänemark). Diese letzteren Bedingungen finden sich aber nur selten. Die Regel ist, daß landwirtschaftliche Gegenden nur gedeihen, wenn sie selbst einen Großteil ihres nichtlandwirtschaftlichen Bedarfes erzeugen.

Für Indien ergibt sich aus diesen Erkenntnissen, daß die 85 Prozent der Bevölkerung, die in den Dörfern leben, nur durch den Ausbau einer vielseitigen nichtlandwirtschaftlichen, also gewerblichen Produktion einen einigermaßen erträglichen Lebensstandard erreichen können, denn die landwirtschaftliche Erzeugung pro Kopf ist außerordentlich niedrig und der Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse in den Städten ist viel zu klein.

Der dritte Fünfjahresplan Indiens zeigt, nach E. F. Schumacher, wenig Einsicht in diese Probleme. Er erwähnt zwar als erstrebenswertes Ziel ausgeglichenes Wachstum der verschiedenen Landesteile (balanced regional growth). Was in der Praxis herauskommt, wäre jedoch nur eine Intensivierung der großstädtischen industriellen Entwicklung und damit eine weitere Verödung der ländlichen Bezirke. Was Indien nötig hat, ist, wie E. F. Schumacher sagt, ein Plan für die Dezentralisierung der Industrie, wobei die Wahl der Industrien auf lokale Initiative und lokale Bedürfnisse abstellen müßte.

Wie groß sollen die neuen Entwicklungsgebiete sein? Nach der von E. F. Schumacher vertretenen Auffassung, umfaßt der Entwicklungsprozeß nicht nur das wirtschaftliche Leben, sein Hauptziel ist die kulturelle Hebung des Volkes. Ein Entwicklungszentrum sollte darum umfangreich genug sein, um eine Stätte höherer Bildung unterhalten zu können. Dem Dorf die Volksschule, dem Marktflecken die Mittelschule und dem Zentrum des Distrikts eine Universität. E. F. Schumacher kann nicht nachdrücklich genug darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Armut und Verödung der indischen Landschaft im ersten und eigentlichen Sinne ein Kulturproblem ist. «Wer unter „Entwicklung“ nur landwirtschaftliche Maschinen und Düngemittel versteht, übersieht den wesentlichen Aspekt.» «Wenn die indische Landwirtschaft so tüchtig wäre, wie sie nach ihren besten eigenen Methoden *sein könnte*, wäre sie viel produktiver als sie heute ist. Warum ist sie es nicht? Ursache ist der kulturelle Niedergang und die geistige Verödung der Landschaft, selbst der unbestreitbare Kapitalmangel ist davon herzuleiten.»

E. F. Schumacher sieht als richtig dimensionierte Planungseinheit einen Distrikt (vielleicht mit einem Kanton zu vergleichen) von 1 bis 2 Millionen Einwohnern mit etwa 1000 Dörfern, einigen Marktstädten und einer Hauptstadt. Indien würde sich als Föderation von 200 bis 300 solcher Distrikte präsentieren. «Jeder Distrikt würde sein Möglichstes tun, sich mit den hauptsächlichen Konsumgütern — Nahrung, Kleidung, Unterkünfte, Werkzeug und Schulung — so gut als möglich selbst zu versorgen. Die Behörden wären im wesentlichen Urheber und ausführende Organe für ihre eigenen Entwicklungspläne. Diese Pläne müßten auf die an Ort und Stelle vorhandenen Hilfsmittel abstellen, ortsübliche Methoden benützen und in erster Linie die lokalen Bedürfnisse befriedigen.»

Die Aufgabe der Zentralregierung und der Regierungen der einzelnen Staaten bestände, nach E. F. Schumacher, hauptsächlich darin, wo nötig einen gewissen Anstoß zu geben und im übrigen technische Beratung und Unterstützung zu bieten. Ein gutes Prinzip für die Zentralregierung wäre, nach E. F. Schumacher, «ein Maximum an finanzieller Unterstützung mit einem Minimum an bürokratischen Einschränkungen und Bedingungen». Soweit von der Zentralregierung aus Anleihen zur Verfügung gestellt werden können, sollten Zinsen und Amortisationen nicht ins Zentrum zurückfließen, sondern als Entwicklungsfonds für verschiedene Zwecke im Distrikt bleiben.

Gleichzeitig mit der Förderung der Distriktentwicklung müßten von der Zentralregierung Maßnahmen getroffen werden, um die weitere Ansiedelung von Industrien in den Großstädten zu unterbinden. Dies könnte geschehen durch Umsatzsteuern auf die großstädtische Industrie und Transporttaxen auf Güter die aus den Großstädten in die Entwicklungsbezirke transportiert werden, um dort mit den lokal erzeugten Waren zu konkurrieren. Solche Steuern wären in erster Linie für die Distriktentwicklung zu verwenden.

«Wenn die Planung auf Distriktoberbasis geschehen könnte», meint E. F. Schumacher, «und im Hauptziel der Befriedigung lokaler Bedürfnisse aus lokalen Hilfsmitteln zu dienen hätte, so wäre die Versuchung, Riesenfabriken aufzustellen und sie mit Maschinen westlicher Herkunft auszurüsten, nicht groß. Planung auf Distriktebene sollte darum für das Land keine Devisenschwierigkeiten schaffen und ohne wesentliche fremde Hilfe durchführbar sein.»

Nun stellen E. F. Schumachers Vorschläge allerdings nur die Skizze einer möglichen Entwicklung dar. Sie müßten im einzelnen von der Dorfgemeinschaftsbewegung weiter verfolgt werden, mit deren Ideen und praktischen Bemühungen sie sich weitgehend decken.

Heute allerdings muß man ein großes Fragezeichen an Entwicklungsplänen Indiens anbringen, wie immer sie aussehen. Die chinesisch-indischen Grenzstreitigkeiten, die von der indischen Regierung — trotz chinesischer Verhandlungsbereitschaft — in einem «langen Krieg» ausgetragen werden sollen, machen viele Hoffnungen illuso-

risch. Man kann sich schwer vorstellen, daß noch große Mittel für kulturelle Bestrebungen übrig bleiben, wenn die Rüstungsausgaben, nach neuesten Berichten, verdreifacht werden sollen. Wenn man beobachtet, wie im indischen Parlament und in der indischen Presse der Haß geschürt und jede Stimme der Kritik an dieser Einstellung als Verrat gebrandmarkt wird, so kann man sich des Verdachtes nicht erwehren, daß die unsinnige Aufrüsterei nicht Indien, sondern den Interessen gewisser indischer Klassen dienen soll, die mit der Entwicklung, wie sie Gandhi für sein Land erhoffte, sehr wenig gemein haben.

Red.

Des Dalai Lama schwankende Haltung

Der 14. Dalai Lama war 16 Jahre alt, als er für volljährig erklärt wurde und damit die Regierung Tibets übernahm. Das war im Jahre 1949. An seinem Hofe saßen mehrere britische und amerikanische «Berater», die ihn drängten, Tibet jetzt für selbständige zu erklären. Sie versprachen, ihm dann alles Notwendige zu liefern, namentlich auch Waffen, um aus dem «Dach der Welt» eine militärische Festung gegen Rußland und China zu machen.

Er folgte diesem Rate nicht. Vielmehr schickte er ein tibetisches Heer nach Osten, um die angrenzende chinesische Provinz Shamdo zu erobern, die zu einem Teil von Tibetern bewohnt ist.

Das Unternehmen mißglückte, die Tibeter wurden von der chinesischen Armee, die im selben Jahre siegreich die Kämpfe gegen Tschiang Kai-schek beendete, geschlagen, ihr Feldherr, Apei, gefangen genommen. Er ging nach Peking und arbeitete dort im Einverständnis mit dem Dalai Lama einen Vertrag aus über die «Rückkehr Tibets ins Mutterland China». Während eines Jahres stand inzwischen die chinesische Armee an der Grenze Tibets und rückte nicht ein.

Der Vertrag, den Apei und zwei Mitarbeiter in Peking ausgehandelt hatten, wurde vom Dalai Lama und seinen sechs Ministern, alle der Adelsklasse angehörend, einstimmig gebilligt. Er sah unter anderem vor, daß Tibet wieder ein autonomes Gebiet innerhalb des chinesischen Reiches wird, daß die chinesische Armee einrückt und den äußeren Schutz des Landes übernimmt, daß gewisse moderne Reformen eingeführt werden, daß aber die Chinesen sich nicht in die innere Verwaltung Tibets einmischen sollen.

Nach Abschluß dieses Vertrages rückte die chinesische Armee ohne einen Schuß zu feuern im Tibet ein. In der westlichen Propaganda nannte man dieses eine brutale Eroberung eines unabhängigen Landes. Übrigens: die von Tibetern bewohnten Teile der Provinz Shamdo wurden von den Chinesen dem autonomen Gebiet Tibet